

## **Merkblatt**

**Anwendungsbereich der Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 sowie (EG) Nr. 883/2004 und Nr. 987/2009 für Beamte, Richter, Soldaten und DO-Angestellte**

Für das Verfahren nach den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 sowie den Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und Nr. 987/2009, soweit Beamte, Richter, Soldaten und DO-Angestellte davon betroffen sind, hat der Bund die

**Bundesfinanzdirektion West  
Wörthstr. 1-3  
50668 Köln**

Bearbeiter: **Herr Wacker** Tel.: **0211/9088-318**  
FAX: **0211/9088-612**

für alle Versorgungsdienststellen als **Koordinierungsstelle zur Deutschen Rentenversicherung Bund in Berlin** benannt.

Verbindungsstelle zu den Mitgliedstaaten ist die **Deutsche Rentenversicherung Bund** in Berlin.

Die BFD West steht der Deutschen Rentenversicherung Bund einerseits und den einzelnen Versorgungsdienststellen andererseits zur Verfügung, um

- den Informationsaustausch zwischen den Pensionsregelungsbehörden und der Deutschen Rentenversicherung zu vermitteln,
- die Pensionsregelungsbehörden über das Verfahren nach den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 sowie (EG) Nr. 883/2004 und Nr. 987/2009 zu beraten,
- die Deutschen Rentenversicherung über das deutsche beamtenversorgungsrechtliche Verfahren zu beraten,
- den Austausch der erforderlichen Daten auf den vorgeschriebenen Vordrucken zwischen Pensionsregelungsbehörden und der Deutschen Rentenversicherung zu unterstützen.

Insbesondere müssen

- den mitgliedstaatlichen Trägern deutsche ruhegehaltfähige Dienstzeiten und
- den deutschen Versorgungsdienststellen mitgliedstaatliche (Vor-) Dienstzeiten

mitgeteilt werden.

Insgesamt bringt die Einbeziehung der Sondersysteme für die Beamten und der ihnen gleichgestellten Personen in die europaweite Koordinierung aus deutscher Sicht keine wesentlichen Änderungen für das Leistungsrecht der deutschen Beamten. Jedoch können die mitgliedstaatlichen Versicherungsträger ihre eigenen Versicherungszeiten zusammen mit den deutschen ruhegehaltfähigen Dienstzeiten für den Anspruchserwerb (zum Beispiel für die Erfüllung von Wartezeiten, Mindestversicherungszeiten) oder die Rentenberechnung berücksichtigen. Daher sind die Versorgungsdienststellen in das Verwaltungsverfahren, das die VO (EWG) Nr. 574/72 und die VO (EG) Nr. 987/2009 für die beteiligten Mitgliedstaaten festlegt, eingebunden. Unter anderem bedeutet dies, dass die Versorgungsdienststellen bei Beamten, Richtern, Soldaten und DO-Angestellten, die Versicherungszeiten im europäischen Ausland (EU, EWR, Schweiz) zurückgelegt haben, über die Bundesfinanzdirektion West

- Pensionsanträge an ausländische Versicherungsträger übermitteln müssen,
- in die verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrolle eingebunden werden,
- ihre Entscheidungen (Festsetzung von Versorgungsbezügen u.s.w.) gegenüber den mitgliedstaatlichen Trägern bekannt geben müssen.

Sind neben den mitgliedstaatlichen Anwartschaften auch solche in der deutschen Rentenversicherung vorhanden, führt anstelle der Verbindungsstelle Deutsche Rentenversicherung Bund der für das Rentenverfahren in Deutschland zuständige Träger der Deutschen Rentenversicherung (Knappschaft-Bahn-See, Bund oder ein Regionalträger), der für die Bearbeitung des Rentenanspruches zuständig ist, das zwischenstaatliche Verfahren unter Vermittlung der BFD West durch.